

Seit dem Schuljahr 2016/17 im Bildungsplan verankert:

## **Bildungsausschuss bespricht Umsetzung der Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“**

**Stuttgart. Seit dem Schuljahr 2016/17 ist die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Vielfalt“ (BTV) im Bildungsplan verankert.**

**Mit der Frage nach der konkreten Umsetzung hat sich der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport auf Antrag der Fraktion der Grünen im nichtöffentlichen Teil seiner Sitzung am Donnerstag, 22. Oktober 2020, beschäftigt. „Schule soll ein Ort von Toleranz und Wertoffenheit sein“, erklärte die Vorsitzende des Gremiums, Brigitte Lösch (Grüne), „und es jungen Menschen ermöglichen, die eigene Identität zu finden und sich frei und ohne Angst vor Diskriminierung zu artikulieren.“**

Die Leitperspektive BTV behandle unter anderem die Themen sexuelle Orientierung, sexuelle Identität sowie LSBTTIQ (Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und queere Menschen). Kernanliegen der Leitperspektive sei es, so die Ausschussvorsitzende, Respekt sowie die gegenseitige Achtung und Wertschätzung von Verschiedenheit zu fördern.

Lösch zufolge liegen Rückmeldungen aus Schulen vor, dass es für den Bereich sexuelle Orientierung, sexuelle Identität sowie LSBTTIQ bislang kaum spezielle Handreichungen und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte gebe – anders als über den Umgang mit anderen Diskriminierungsformen, deren Vermeidung ebenfalls Thema der Leitlinie BTV sei. Dabei sei auch die Sensibilisierung und Thematisierung von LSBTTIQ an Schulen ein wichtiges Thema zur Gewaltprävention und gegen Mobbing. Das Kultusministerium habe dazu mitgeteilt, dass bei Handreichungen und Fortbildungen immer verschiedene Diskriminierungsformen in den Blick genommen würden. So seien beispielsweise im Rahmen der Umsetzung des Leitfadens Demokratiebildung mehrere Fachtagungen durchgeführt worden, bei denen auch Bezüge zur Umsetzung der Leitperspektive BTV hergestellt worden seien. Des Weiteren hätten Fachtagungen über den Umgang mit Antisemitismus an Schulen auch generelle Fragen zur Prävention von und zur Intervention bei Fällen von Diskriminierung thematisiert.

Wie Lösch erklärte, arbeite das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) zusammen mit dem „Netzwerk für interkulturelles Lernen und Arbeiten an Schulen“, kurz NikLAS, an Konzepten zur diskriminierungskritischen Schul- und Unterrichtsentwicklung für die Fortbildung der Lehrkräfte.

Die Handreichung für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie für Beratungslehrkräfte , die seit Jahren im Ministerium vorliegt und nun vom ZSL fertiggestellt wird, soll laut Aussage der Ministerin noch vor Weihnachten den Fachkräften und dem Unterstützersystemen zugehen.

Eine Studie zur Situation von LSBTTIQ-Jugendlichen im Bildungsbereich, wie es sie in anderen Bundesländern gebe, sei vom Ministerium derzeit allerdings nicht angedacht.